

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 4 Mark, monatlich 9 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 9 Pfennig. Nach auswärts Portozuschlag.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Goldstiftstraße Birkenwerder, Bahnhof-Allee 5 und von allen Anzeigen-Expositionen angenommen. Die schlagpatente Zeitzeile kostet 6 Pfennig, die Restzeile 50 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hofsjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationstraft für den Amtsbezirk Birkenwerder. Anzeigen-Preis für die neungespaltene Kleinzeile 50 Mark (Grundjahr). — Reklamezeile 225 Mark X Schließjahr 2 000 000.

Nr. 124.

Postfach-Konto: Berlin 62 448

Dienstag, den 23. Oktober 1923

Postfach-Konto Berlin 62448.

22. Jahrg.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Weitere Vorauszahlungen auf die Gemeindesteuern sind für das Steuerjahr 1923 bis zum 31. d. Ms. in der 400tausendfachen Höhe der im vergangenen Jahre geschuldeten Grundwert-Gemeinde- und Betriebssteuern bei Vermehrung der gesetzlichen Zuschläge in der hiesigen Gemeindekasse einzuzahlen. Bis zum gleichen Tage sind als weitere Voraus- und Nachzahlungen für die Hundesteuer des 2. Halbjahres 1923 2400 Millionen Mark für jeden Hund zu leisten.

Birkenwerder, den 22. Oktober 1923.

Der Gemeindevorsteher. Rühn.

Gemeinsame Bekanntmachungen der Gemeindevorsteher Birkenwerder, Bergfelde, Borgsdorf.

Preise für Rügen- und Ofenbrand.

- a) bei Selbstabholung ab Sager Mk. 3,700 Milliarden.
- b) bei Lieferung frei Erdgasfeld oder Keller Mk. 3,850 Milliarden.

Preise für Briekittlieferungen in Fahren nicht unter 30 Zentnern.

- a) bei Selbstabholung ab Sager Mk. 3,700 Milliarden.
- b) bei Lieferung frei Erdgasfeld od. Keller Mk. 3,830 Milliarden.

Diese Preisfestsetzung tritt mit dem 20. Oktober in Kraft. Berlin, den 20. Oktober 1923.

Namens des Kreisaußwärtigen des Kreises Niederbarnim. Der Vorsitzende, Landrat. Schlemminger.

Der Gemeindevorsteher Bergfelde

Gemeindevorsteher-Sitzung.

Zur Beratung der hierunter angegebenen Gegenstände werden die Mitglieder der Gemeindevertretung zu einer Sitzung auf Sonnabend, den 27. Oktober 1923, abends 7 Uhr in der Gemeindehalle, hiermit unter der Verwahrung vorgeladen, daß die Ausbleibenden an die Beschlässe der im Termin Anwesenden gebunden sind.

Tagesordnung:

1. Festsetzung der Entschädigung für den Briefetal-Boten.
2. Festsetzung von Entschädigungen.
3. Bewilligung von Kosten.
4. Klagefache.
5. Nachtragumlage zu den Realsteuern.

Bergfelde, den 22. Oktober 1923.

Der Gemeindevorsteher. Graeber.

Hohen Neuendorf.

Der Gemeindevorsteher macht bekannt:

Gemeindevorsteher-Sitzung.

Am Montag, den 22. Oktober d. Js., abends 7 Uhr findet in dem Sitzungssaal, Poststr. 39, eine Sitzung der Gemeindevertretung statt.

Die Herren Schöffen und Gemeindevorordneten werden hierzu mit dem Bemerken ergeben eingeladen, daß die Nichtanwesenden sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung:

1. Nachmalige Vereinerung der letzten Sitzungsniedererichten.
2. Neuwahl eines Schiedsmanns-Stellvertreters.
3. Erlass einer neuer Vermögenssteuer-Ordnung.
4. Einführung einer Getränkesteuer.
5. Neuweisung der Vermögensgegenstände.
6. Erlass eines Ortsstatuts über Feuerlöschdienst.
7. Feststellung der Jahresrechnung 1921.
8. Nachmalige Beschlußfassung wegen der Kosten des Entwässerungsprojekts.

Kurze Nachrichten.

Nachdem der vov der Reichsregierung unternommene Schritt in Paris vollkommene Ablehnung gefunden hat, hat die Reichsregierung alle deutschen diplomatischen Vertreter in den europäischen Hauptstädten und in Washington angewiesen, die fremden Regierungen mit aller Deutlichkeit auf die Gefahren der französischen Politik hinzuweisen.

Im Reichsfinanzministerium haben Verhandlungen mit den Spitzenverbänden der Beamten, Angestellten und Arbeiter stattgefunden. Die Lohnmehrsatz für die Arbeiter soll in der dritten Oktoberwoche endgültig eine Million, die Mehrsatz für die Beamtengehälter im dritten Oktoberviertel 150 000 betragen.

Das Auswärtige Amt hat mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches mit sofortiger Wirkung einschneidende Kürzungen der Gehälter der Auslandsbeamten angeordnet.

Die Reichswehr greift in Sachsen mit verstärkten Machtmitteln ein, um Ruhe und Ordnung herzustellen. Wer sich der Durchföhrung der als erforderlich erachteten Maßnahmen mit Waffen entgegenstellt, wer mit den Waffen plündert und wer die Grundlagen der Ernährung untergräbt, läuft Gefahr, erschossen zu werden.

Von den 700 000 Einwohnern Röhms ist jeder dritte nicht mehr voll beschäftigt.

Der „Völkische Beobachter“ in München darf wieder erscheinen.

Nach Meldungen aus Konstantinopel sollen Verhandlungen im Gange sein, um ein Bündnis zwischen Italien, der Türkei, Bulgarien und Albanien abzuschließen, das bestimmt sei, den Einfluß der kleinen Entente weitzumachen.

Bayern lenkt ein.

Entspannung zwischen Berlin und München.

Die durch das gestrige bayerische Vorgehen geschaffene Lage hat eine entschiedene Entspannung erfahren. Eine Neuverdringung der Truppen der 7. (bayerischen) Division hat nicht stattgefunden und ist nicht geplant. Dem Vernehmen nach wird beabsichtigt, die verschiedenen in letzter Zeit zutage getretenen gegensätzlichen Auffassungen zwischen dem Reich und Bayern zum Gegenstand der Erörterung in einer Sitzung des Reichsrats zu machen, um einen den Interessen des Reichs, Bayerns und der übrigen Länder gerecht werdenden Ausgleich zu ermöglichen.

Weitere Meldungen der letzten Tage.

Die bayerische Regierung hat Freitag durch ihren Vertreter in Berlin, Herrn von Preger, die Reichsregierung wissen lassen, daß Bayern jeden weiteren amtlichen Verkehr mit dem Reichswehrminister und dem Chef der Heeresleitung ablehne. Dieser Entschluß geht auf die Vorgänge im Fall Loffow zurück. Die Reichsregierung hat ihrerseits Schritte unternommen, um den Fall Loffow so zu regeln, daß die Reichsautorität gewahrt bleibt.

Ueber die Gründe, die zu dieser scharfen Wendung der Beziehungen zwischen dem Reich und Bayern geführt haben, wird mitgeteilt: In der Nichtausführung des an ihn, ergangenen Befehls der Reichsleitung, den „Völkischen Beobachter“ zu verbieten, sieht die Reichsregierung, wie gestern abend bekanntgegeben wurde, beim General v. Loffow eine Verletzung seiner Disziplinarpflicht. Sie wird daher gegen den General mit den schärfsten Maßnahmen vorgehen. Die Reichsregierung bedauert, daß damit eine Art Einheitsfront zwischen Bayern und Sachsen gegen den Reichswehrminister geschaffen worden ist. Sie wird die verfassungsmäßigen Kompetenzen unter allen Umständen durchsetzen. Der Reichswehrminister hat noch bis zum äußersten versucht, durch gütliches Verhandeln ein Einvernehmen herbeizuföhren. Er ist selber nach Bayern gefahren, aber ohne Erfolg, da General von Loffow überhaupt nicht erschienen ist, um mit dem Minister zu verhandeln; er stellt sich hinter den Generalstaatskommissar von Rabr und erklärt einfach, er fühle sich an Bayern gebunden.

Münchener Presse-Sturm gegen Berlin.

Die Münchener Sonnabend- Zeitungen veröffentlichten heftige Angriffe gegen das Reich. Die Münchener Neuesten Nachrichten schreiben, daß man sich in Berlin der Täuschung nicht hingeben dürfe, daß Bayern im Falle Loffow nicht nachgeben kann und nicht nachgeben wird. Die bayerische Regierung wünsche keinen Konflikt mit dem Reiche, man sei aber nicht entschlossen, den Kopf Loffows gegen den Kopf Geklers einzutauschen.

Erklärung der Reichsregierung.

Amlich wird gemeldet: Der Reichswehrminister hat Generalleutnant von Loffow vom Dienst enthoben und seine Verabschiedung eingeleitet. Mit der vorläufigen Führung der 7. Division des Reichsheeres ist der nächstälteste bayerische Offizier, Generalmajor Freiherr Krefz von Krefenstein beauftragt worden. Der Reichspräsident hat die bayerische Regierung aufgefordert, ihm Vorschläge für die Besetzung der Stelle des bayerischen Landeskommandanten gemäß dem Wehrgesetz zu machen. Diese Maßnahmen wurden notwendig, da General von Loffow sich ausdrücklich geweigert hatte, einen ihm gegebenen Befehl auszuführen, und es abgelehnt hatte, aus dieser Haltung selbst die Konsequenzen zu ziehen.

Bayern ernannt Loffow zum Landeskommandant.

Die bayerische Staatsregierung hat Sonnabend abend einen Aufruf erlassen, in dem mitgeteilt wird, daß sie im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Bayern und zur Wahrung der bayerischen Belange bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen Bayern und dem Reich den bayerischen Teil der Reichswehr ihrerseits als Treuhänderin des deutschen Volkes in Pficht genommen, den General von Loffow als Bayerischen Landes-

kommandanten eingesetzt und mit der Führung der bayerischen Division beauftragt hat.

Anrufung der „Rheinischen Republik“.

Besehung von Rathaus, Post und Regierung.

Köln, 21. Oktober. Aus Aachen wird gemeldet: Heute nacht haben bewaffnete Sonderbänder, deren Zahl auf 2000 geschätzt wird, überraschend die öffentlichen Gebäude, vor allem Rathaus, Post und Regierungsgebäude besetzt und riefen die Rheinische Republik aus. Die Sonderbänder versuchten, mit den Behörden in Verhandlungen einzutreten.

Ueber Frankfurt a. M. wird aus Aachen weiter gemeldet: Im ganzen Bezirk herrschte seit einigen Tagen gesteigerte Nervosität. Immer hartnäckiger erhielten sich die Gerüchte, daß die Ausrufung der Rheinischen Republik unmittelbar bevorstehe. Den Sonderbändern, die in Aachen allein 3000 Feuerwaffen zur Verfügung hätten, habe die belgische Besatzung ihren bewaffneten Schutz zugesagt. Das Verhalten der Besatzung hat auch sonst den umlaufenden Gerüchten viele Nahrung gegeben, insbesondere die Ausweisung sämtlicher führenden Gewerkschaftsführer, darunter der christliche Bergarbeiterführer Landtagsabgeordneter Darsch aus Herzogenrath. Die belgische Garnison lag seit einigen Tagen in erhöhter Alarmbereitschaft und jeglicher Urlaub war gesperrt. Gestern nachmittag durchföhren belgische Tanks die Straßen der Stadt.

Nach den bisherigen, aus dem übrigen Rheinland vorliegenden Nachrichten, so aus Bonn, Trier, Koblenz, Düsseldorf, Schweier, Jülich, Stolberg, Düren und Neuz handelt es sich bei dem Aachener Putsch um ein rein örtliches Unternehmen.

Der belgische Oberkommissar

für die besetzten Gebiete Kolin-Jacquemys ist in Aachen eingetroffen und hat unerbüßlich Maßnahmen getroffen für den Fall, daß die Ruhe gestört wird. Er erklärte den Anführern der Bewegung, daß er neutral zu bleiben beabsichtige, und daß er, da er sich einer vollzogenen Tatsache gegenüberfinde, die Urheber der Proklamation der Rheinischen Republik als für die öffentliche Ordnung verantwortlich ansehe.

Entspannung in Sachsen.

Zwischen Generalleutnant von Müller und dem Ministerpräsidenten Dr. Zeigner hat eine längere Aussprache stattgefunden, bei der die beteiligten sich bereit erklärten, sich über bestehende Meinungsverschiedenheiten zu verständigen und nach Möglichkeit durch persönliche Verbindung eine Lösung etwa entstehender Schwierigkeiten herbeizuföhren.

Englischer Kohlenkredit für Deutschland

Für mehrere Millionen Pfund Sterling.

Dem Londoner Blatt „Evening Standard“ zufolge sollen nach Deutschland Kohlenkredite in Höhe von mehreren Millionen Pfund Sterling gegeben worden sein, um Deutschland zu ermöglichen, über die Wintermonate hinwegzukommen. Diese Kredite seien von einem starken Konsortium von Londoner Banken zum Teil zwecks Verminderung der Arbeitslosigkeit in England gegeben worden.

Wenn die für den Kredit zu beschaffenden englischen Kohlen nicht wesentlich billiger werden als die über Dollarkurs notierenden deutschen Kohlen, werden sie nicht viel helfen können. Denn zurzeit ist trotz des heran nahenden Winters der deutsche Konsum nicht in der Lage, die vorhandenen Kohlen abzumachen. Die Lager sind überfüllt, und auf den Gruben werden Forderungen eingelegt.

Keine freien Mieten in Geschäftshäusern

Aufhebung des preussischen Erlasses vom August.

Dem preussischen Staatsrat lag in seiner letzten Sitzung eine Anordnung vom Wohnungsminister vor, wonach die im August verfallene Befreiung der Industrie- und Geschäftshäuser von den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes mit dem 1. November wieder aufgehoben werden solle. Dagegen sollen die Vermieter berechtigt sein,

Der Verkauf

von Altgold, Alt Silber, goldenen Uhren und Juwelen ist Vertrauenssache. Lassen Sie sich nicht durch scheinbar hohe Preisangebote per Gramm davon abhalten, Ihre Bestände nur einem ortsanässigen Fachmann anzubieten. Derselbe bietet Gewähr für reelles Gewicht u. Feingehaltsberochnung. Uhren- und Goldwaren-Geschäft Paul Schumitz, Ankauf von Edelmetallen — und Juwelen. Birkenwerder Hauptstr. 40.